

Idsteiner Zeitung



und Anzeigebblatt.

Verkündigungsorgan des Amtsgerichts und der Stadt Idstein.

Erscheint wöchentlich dreimal
Dienstag, Donnerstag u. Samstag.

Inserate:

Die 77 mm breite Zeile 30 Pfg.
Reklamezeile 50 Pfg.

Anzeigen haben in der in Stadt und Land gut verbreiteten

„Idsteiner Zeitung“ — Auflage 2100 — besten Erfolg.

Schriftleitung, Druck und Verlag von Georg Grandpierre, Idstein.

Fernsprecher Nr. 11.

Bezugspreis

monatlich 70 Pfg. mit Bringerlohn.

Durch die Post bezogen:

— vierteljährlich 2 Mark 10 Pfg. —

— Siehe Postzeitungsliste. —

Nr. 80.

Samstag, den 12. Juli

1919.

Die Nationalversammlung ratifiziert den Friedensvertrag.

mz. Weimar, 9. Juli. In der Nationalversammlung wurde heute der Gesetzentwurf, betr. die Ratifikation des Friedensvertrages, in namentlicher Abstimmung mit 208 gegen 125 Stimmen angenommen.

Deutsche Nationalversammlung.

mz. Weimar, 9. Juli. Eine auf heute vormittag 10 Uhr anberaumte besondere Sitzung der Nationalversammlung, auf deren Tagesordnung einzig der Punkt Ratifikation des Friedensvertrages stand, wurde vom Präsidenten Fehrenbach erst um 10.45 Uhr eröffnet. Haus und Tribünen sind stark besetzt.

Von der Deutschnationalen Volkspartei wurde folgende Entschließung vorgelegt: Die gesetzgebende deutsche Nationalversammlung wolle beschließen, die Ratifikation vorzunehmen unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß vor dem Inkrafttreten des Artikels 227 und 230 von Lehrern des Völkerrechts von Auf ein Gutachten darüber eingeholt wird, ob es nach den anerkannten Grundsätzen des Völkerrechts zulässig oder üblich und gerechtfertigt erscheint, mit rückwirkender Kraft einen Gerichtshof zur Aburteilung vorhergegangener angeblicher Verbrechen gegen das Völkerrecht einzusetzen und auf vorher noch nicht angebrochene Strafen zu erkennen, 2. daß im Interesse der Gerechtigkeit zur Untersuchung der Frage der Schuld an Kriegen ein neutraler Gerichtshof eingesetzt wird. Zu dieser Entschließung wird in der zweiten Lesung Stellung genommen werden.

Minister des Äußern Müller: Aufrecht erhalten bleibt heute und immer unser einmütiger Protest gegen diese verfassungswidrige Vergewaltigung. (Lebhafter Beifall.) Aufrecht erhalten bleibt aber auch unsere Zusicherung der Vertragserfüllung bis zum äußersten. Aber für die Grenze der Erfüllbarkeit darf uns keine Schuld und kein Vorwurf treffen. Wir haben die Ratifikation beschleunigt, da uns die Aufhebung der Blockade in Aussicht gestellt wird. Wenn das Wort Friede nicht jeden Sinn verlieren soll, muß die Rückgabe der Gefangenen jetzt erfolgen. (Lebhafter Beifall.) Wir danken für die Fürsorge der neutralen Staaten, bei denen unsere Kriegsgefangenen Heilung und Erholung gefunden haben. Wir danken diesen Völkern und dem Papst von ganzem Herzen. (Lebhafter Beifall.) Wir danken dem Roten Kreuz. Wir haben nicht die Macht zu verbinden, daß ein Teil von Deutschland abgerissen wird, der unserem Volk nach Eitte und Sprache zugehört, ohne daß die Bevölkerung vorher das Recht erhält, nach freiem Willen über ihre Staatszugehörigkeit zu bestimmen. Wir wollen aber diesen Deutschen versichern, daß wir sie nie vergessen, wie wir auch jetzt vertrauen, daß sie uns niemals vergessen und verlieren werden. Im übrigen wollen wir unser deutsches Haus mit aller Kraft, die uns verbleibt, so ausstellen, daß in unseren Schweltern und Brüdern, die uns entrissen werden, das Bewußtsein nationaler Zugehörigkeit noch bleibt, bis auf friedlichem Wege in hoffentlich nicht ferner Zeit in einem wahren Bund der Völker alle strittigen nationalen Probleme eine gerechte, auch den Willen der Völker achtende Lösung finden werden. (Lebhafter Beifall.)

Aus Ch. Storms Novellenschatz.

Ausgewählt und eingeleitet von M. Kirmse.

Fortsetzung.

4.

In St. Jürgen.

Leider waren es keine bloßen Hirngespinnste. Das Kapital, womit er sein Geschäft begonnen, war von vornherein zu gering gewesen. In den ersten Jahren hatte er durch schlechte Arbeiter Verluste erlitten, die nicht in Rechnung genommen waren und auch der Absatz der fertigen Ware wollte nicht so rasch erfolgen, wie es solche Umstände erforderten; nun kam ein aussichtsloser Krankheitszustand noch hinzu. Auf mir lag endlich nicht nur die ganze Sorge für den Unterhalt der Familie, ich mußte auch noch der Tröster der Gefunden sein. Die Knaben ließen meine Hand nicht los, wenn wir am Bette des Vaters saßen, das er bald nicht mehr verlassen konnte. Bei diesem aber schien das Erlöschen der Körperkraft die Anruhe des Geistes nur zu steigern; grübelnd lag er auf seinem Kissen und baute Pläne für die Zukunft. Mitunter, wenn die Schauer des nahenden Todes ihn anwehten, richtete er sich plötzlich auf und rief: „Ich kann nicht sterben, ich will nicht sterben!“ und dann wieder leise mit gefalteten Händen: „Mein Gott, mein Gott, ich will auch, wenn du willst!“

Und endlich kam die Stunde der Erlösung. Wir waren alle an seinem Bette; er dankte mir, er nahm von uns allen Abschied. Dann aber, als

Abg. Krätzig (Soz.): Mit der Ratifikation fallen die Schranken, die Hunderttausenden von deutschen Kriegsgefangenen den Weg in die Heimat und zur Familie versperrt haben. Wir protestieren gegen den Gewaltfrieden, der die Versöhnung der Völker hintertreibt und Europa zu einem Explosionsherd für neue blutige Kriege zu machen droht. Nie werden wir uns damit abfinden, daß man unser Vaterland in Stücke reißt und eine große Anzahl von Volksgenossen unter fremde Herrschaft bringt. Unzerstörbar bleibt das Bündnis mit Oesterreich und immer bleibt die Hoffnung, daß alle Deutsche auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes in einem Einheitsstaat vereint werden. Protest erheben wir gegen die Beschlagnahme der Kolonien. Wer unser Volk als den allein Schuldigen am Kriege hält, spricht wesentlich eine Unwahrheit aus. Der Krieg war nicht das Werk einzelner Personen des imperialistischen internationalen Kapitalismus. Wir werden uns bemühen, den Vertrag loyal durchzuführen. Wir sind überzeugt, daß eines Tages sich die Macht der internationalen Klassenbewußten Arbeiter stärker erweisen wird, als der Imperialismus. Dann wird auch das Anrecht dieses Friedens widerufen werden.

Abg. Spahn (Ztr.): Der Friedensvertrag entspricht nicht den Grundsätzen des die Völker verbindenden christlichen Geistes, sondern er ist das Ergebnis einer bis über den Friedensschluß verfolgten Unversöhnlichkeit. Wir stimmen trotzdem dem Friedensvertrag zu, nicht aus freiem Willen und innerer Überzeugung, sondern um uns vor Verfall zu retten und um unser Volk und Vaterland vor dem Untergang zu bewahren. Binnen kurzem wird sich zeigen, daß der Friedensvertrag in vielen und wesentlichen Teilen unersetzbar ist. Schon deshalb ist eine baldige Revision eine unabwendbare Notwendigkeit.

Abg. Schädling (Dem.): Die demokratische Fraktion erklärt, daß sie dem Gesetz nicht zustimmen kann. Einige wissen wir uns mit dem ganzen Hause in der moralischen Verantwortung des Friedensvertrages. Wir wollen ihn getreulich erfüllen, soweit er sich erfüllen läßt. Aber unersetzbar bleibt für uns der Verzicht auf den staatlichen Zusammenhang mit Millionen unserer Volksgenossen, die gegen ihren Willen von uns losgerissen werden. Wir protestieren feierlich vor aller Welt gegen diese Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Wir setzen unsere Hoffnung auf das Gewissen der Welt und auf das Wiedererwachen und Erstarben des Rechtsgebanens. (Lebhafter allseitiger Beifall.)

Abg. Traub (Deutschnall.): Wir sind uns der Folgen einer Ablehnung voll bewußt. Der Vertrag ist unersetzbar. Das werden wir immer wiederholen. Es wird kommen der Tag der deutschen Befreiung. Sollte man es wagen, die Hände auf die besten Führer unseres Volkes zu legen, so sagen wir: Hände weg! (Lebhafter Beifall.) Alles hat seine Grenzen. Die Ehre ist kein lehrer Wahn, die Ehre ist alles. Die Wunde dieses Friedensschlusses wird nicht vernarben, sie soll nicht vernarben. (Stürmischer Beifall rechts und auf den Tribünen lebhafter Beifall und Handklopfen.)

Präsident Fehrenbach: Es ist der Tribüne nicht gestattet, sich an den Beifallstündgebungen zu beteiligen. (Rufe bei den Unabhängigen: Bestellte Arbeit!) Im Falle der Wiederholung werde ich die Tribünen räumen lassen. (Große Anruhe.)

Abg. Dr. Kahl (Dsch. Sp.): Die Deutsche Volkspartei wiederholt nach bestem Wissen und Gewissen ihre

läße er vor sich etwas, vor dem er sie beschützen müsse, riß er seine Frau und die beiden Knaben hastig an sich, blickte sie mit trostlosen Augen an und stöhnte laut. Und als ich ihm zuredete: „Wirf deine Sorgen auf den Herrn, Martin!“ da rief er verzweifelt: „Harre, Harre, das find nicht mehr die Sorgen, das ist die Armut selbst! Bald wird sie über meine Leiche wegstreichen; mein Weib, o meine lieben Kinder, sie werden ihr nicht entrennen!“

Es ist ein eigen Ding um ein Sterbebett; ich weiß nicht, ob sie es kennen, mein junger Freund. Aber in diesem Augenblick versprach ich meinem sterbenden Meister, bei den Seinen auszuhalten, bis das Gespenst, das seine letzte Stunde störte, sie nicht mehr würde erreichen können. Und als ich das versprochen, ließ auch der Tod nicht mehr auf sich warten. Leise schritt er zur Tür herein. Martin streckte die Hand aus; ich meinte, er wolle sie mir noch reichen, aber es war der unsichtbare Bote des Herrn, der sie ergriff; denn ehe ich sie berührte, hatte das Leben meines jungen Meisters aufgehört.

Mein Reisegefährte nahm seinen Hut ab und legte ihn vor sich auf den Schoß; sein weißes Haar wehte in der lauen Mittagsluft. So saß er schweigend, als warte er diese Augenblicke dem Andenken des längst verstorbenen Freundes. — Ich aber mußte der Worte gedenken, die meine alte Hansen einst zu mir gesprochen: „Es gibt noch andere Dinge als den Tod, die des Menschen Willen zwingen.“ Es war dennoch der Tod gewesen, der die Lebenden getrennt hatte. Denn es versteht sich, daß ich über die Person dessen,

Ablehnung im vollen Bewußtsein der Verantwortlichkeit, die sie vor der Weltgeschichte und dem deutschen Volk übernimmt. Sollte dieser Frieden jetzt zum Völkersege erhoben werden, so werden wir niemals seine Rechtsbeständigkeit anerkennen. Wir lehnen einen solchen heute wie immer ab. (Beifall und Handklopfen.)

Präsident Fehrenbach: Ich mache darauf aufmerksam, daß auch die Angehörigen des Hauses nicht in die Hände klatschen dürfen. (Widerspruch rechts u. Anruhe.)

Abg. Henke (Unabh.): Durch unsere Initiative ist die Regierung zur Unterzeichnung des Friedensvertrages worden. (Gelächter im ganzen Hause.) Wir stimmen dem Friedensvertrage zu unter dem Zwange der Gewalt, gegen die wir uns nicht wehren können. Eine Abwehr dürfen wir nicht versuchen, weil sie von neuen großen Leiden für unser Volk begleitet gewesen wäre. Wir verlangen die sofortige Aufhebung der Blockade und die Rückgabe der Gefangenen. Wir begrüßen die Flammenzeichen innerhalb der revolutionären Arbeiterklasse im Osten und Westen Europas und reichen den Proletariern der ganzen Welt die Bruderhand zum Kampfe für die Weltfreiheit. (Lebhafter Beifall bei den Unabhängigen.)

Ein Protest der Abgeordneten des Ostens.

Abg. Winnig (Soz.) erklärt im Namen der Abgeordneten des deutschen Ostens: Die Bestimmungen des Versailler Friedens entbehren in ihrer Gesamtheit der von den verbündeten Mächten selbst geforderten Rechtsgrundlagen. Daraus gestützt, legen die Abgeordneten des Ostens zugleich im Namen der von ihnen vertretenen Völker in dieser weltgeschichtlichen Stunde einmütig feierlich Verwahrung ein gegen die Zerstückelung des deutschen Ostens. Auch wird der Tag kommen, da der Sieg des Rechts das Unrecht von Versailles wieder gutmachen wird. (Lebhafter anhaltender Beifall.)

Abg. Alletotte (Ztr.) legt im Namen der Abgeordneten und der Bevölkerung der im Westen von Deutschland losgerissenen Gebiete Verwahrung gegen das Unrecht ein, das den Ländern und der Bevölkerung dieser Gebiete geschieht, desgleichen der Abg. Walstein (Dem.) im Namen der Abgeordneten Schleswig-Holsteins.

Präsident Fehrenbach: Ein echt deutscher Stamm kann in dieser Stunde nicht zu Ihnen sprechen, die Elfsch-Lothringer. Ich fühle mich vor der Nationalversammlung verpflichtet, mich der Verwahrung der Vertreter der anderen von Deutschland losgerissenen Gebiete anzuschließen.

Abg. Schiffer (Dem.) zur Geschäftsordnung: Vor Eintritt in die zweite Beratung bitte ich um Einlegung einer Pause. Es ist eine dringende Notwendigkeit, daß wir innerhalb der Fraktion zu der überstehenden Entschließung der Deutschnationalen Stellung nehmen. (Zustimmung.)

Der Präsident verfährt unter Zustimmung des Hauses gemäß dem Vorschlage des Abg. Schiffer und ertäumt die nächste Sitzung auf 12.30 Uhr an.

Der Antrag der Deutsch-Nationalen.

Am 12.25 eröffnet Präsident Fehrenbach wieder die Sitzung. Das Haus geht zur zweiten Beratung des Ratifikationsgesetzes über. Inzwischen haben die Deutschnationalen ihre Entschließung umgearbeitet mit einem Änderungsantrage zum Gesetzentwurf selbst, so daß dieser lauten würde: Der Unterzeichnung des Friedensvertrages werde zugestimmt unter einem Vorbehalte, wie er in der Entschließung ausgesprochen war.

der an meiner Seite saß, nicht mehr im Zweifel sein konnte. Nach einiger Zeit begann der Alte seine Erzählung wieder, indem er langsam sein Haupt bedeckte.

„Ich habe mein gegebenes Wort gehalten,“ sagte er; „aber da ich es gab, brach ich ein andres; denn ich habe nun nicht mehr fortgekonnt. Es zeigte sich bald, daß die Verhältnisse noch zerstückelter waren, als ich bisher gewußt. Einige Monate nach dem Tode des Mannes wurde noch ein drittes Kind, ein Mädchen geboren; unter diesen Umständen eine neue Sorge zu den alten. Ich tat das meinige; aber Jahr auf Jahr verging, und das Glück wollte immer noch nicht einkehren. Unerschrocken, daß ich nicht nur meine ganze Kraft, sondern auch die Ersparnisse der letzten Jahre hingab, gelang es mir noch immer nicht, den Kampf mit jenem Gespenste der Armut siegreich zu beendigen; ich sah es klar, wenn eine auch nur etwas weniger treue und sorgsame Hand an meine Stelle trat, so waren meine Schutzbesohlenen ihm verfallen.“

Oft freilich mitten in der Arbeit übersiel mich das Heimweh und nagte und zerrte an mir; mehr als einmal, wenn der Weißel, ohne daß ich darum gewahrt wurde, müßig in meiner Hand lag, bin ich erschreckt vor der Stimme der guten Frau zusammengefahren; denn meine Gedanken waren fort in der Heimat, und eine ganz andre Stimme war in meinen Ohren. In meinen Träumen sah ich den Turm unsrer Vaterstadt; anfänglich im hellen Sonnenschein, umkreist von einem Heer von Schwalben; später, wenn der Traum mir wiederkam, sah ich ihn schwarz und drohend in den leeren Himmel ragen, der Herbststurm tobte, und

Abg. Schiffer (Dem.): Wir werden gegen den Antrag stimmen. Ich bedaure, daß er überhaupt eingebracht wurde (Sehr richtig!) Der Antrag dient nur dazu, Verwirrung und Unklarheit zu schaffen. Offenbar verfolgt die Partei des Herrn Schulz-Bromberg mit ihrem Antrag nur parteipolitische Ziele. (Sehr richtig! und lebhafter Zustimmung bei den Mehrheitsparteien, stürmischer Widerspruch und Pfuirufe rechts.) Welche Zwecke Sie mit diesem Antrag verfolgen (nach rechts gewandt), darüber ist niemand in diesem Hause im Zweifel. Sie wollen ihre Parteisuppe an diesem Antrage kochen. (Sehr wahr! und lebhafter Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.)

Abg. Schulz-Bromberg (Deutschnat.): Unser Antrag ist der letzte Schrei nach Gerechtigkeit, der Schrei eines Volkes, das dem Untergang bestimmt ist. (Beifall rechts.)

Reichsminister des Auswärtigen Müller: Ich bedaure ganz außerordentlich, was wir in dieser historischen Stunde erleben müssen. Im übrigen glaube ich, die Zeit zu Vorbehalten ist vorbei. Heute kann es nur ein Ja oder Nein geben. Was würden unsere Feinde in diesem Hause sagen? Nichts weiter als ein letztes Mandat, eine letzte Schiebung. (Sehr richtig! und lebhafter Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.) Ich glaube, die Schiebungsschäfte auch in der Politik müssen ein für allemal vorbei sein. Nur mit lokalen Mitteln können wir die Revision des Vertrages erreichen, aber mit unseren Anträgen wird sie schlecht eingeleitet.

Löbe (Soz.): Der Zweck des Antrages ist nicht zweifelhaft. Das Generalsekretariat der Deutschnationalen Volkspartei hat zugegeben, daß die Situation der niederschmetternden Friedensbedingungen agitatorisch ausgenutzt werden müßte. (Hört, hört!) Nicht nur die Einbringung des Antrages, sondern auch die Rede des Abg. Traub widerspricht der Würde dieser Stätte.

Delbrück (Deutschnat.): Unser Antrag ist schon gestern beschlossen und ohne unsere Schuld nicht gedruckt worden. Er sollte keineswegs das Haus überraschen.

Sasse (Unabh.): Der Abgeordnete Traub hat deutlich gezeigt, daß Sie (nach rechts) Ihre Partei-Interessen verfolgen. Wir lehnen es ab, uns an einem solchen Satirspiel zu beteiligen.

Dr. Heinze (Dtsch. Sp.): Meine Fraktion bedauert diesen Antrag, der Mäßigung herbeibringt. Die Mehrzahl meiner Fraktion lehnt ihn ab.

Die Abstimmung ergibt die Ablehnung des Antrages der Deutschnationalen gegen die Stimmen der Antragsteller und einiger Mitglieder der Deutschen Volkspartei und die Annahme des Gesetzentwurfes ohne Änderungen. Auf Vorschlag des Präsidenten Lehmann tritt das Haus sofort in die dritte Beratung ein. Das Wort wird nicht verlangt. — Auf Antrag des Abg. Richter-Ostpreußen (Deutschnat.) erfolgt namentliche Abstimmung. An der Abstimmung beteiligen sich 323 Abgeordnete, 208 mit Ja und 115 mit Nein. Damit ist das Gesetz angenommen. Nächste Sitzung nachmittags 3 Uhr.

Die Verhandlungen über die Rheinlande.

mz. Bonseien der Entente ist, wie die „Deutsche Allg. Ztg.“ erzählt, durch Herrn Dutasta die Mitteilung gemacht worden, daß die Verhandlungen über die Verwaltung der Rheinlande unverzüglich beginnen sollen, und zwar in Verbindung mit der Frage des Wiederaufbaues der belgisch-französischen Kriegsgebiete. Es wurde gleichzeitig der Wunsch der Entente, die baldige Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen, zum Ausdruck gebracht.

mz. Brüssel, 9. Juli. Havas-Neuter verbreitet eine Blattermeldung, wonach der Minister des Auswärtigen die Frage der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Deutschland ernstlich erwäge, da nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages kein Hindernis mehr dafür bestehe.

Rücktritt des Reichswirtschaftsministers Wissel.

Der Rücktritt des Reichswirtschaftsministers Wissel steht, wie die „Allg. Ztg.“ hört, unmittelbar bevor, und es ist anzunehmen, daß auch sein Unterstaatssekretär Richard von Möllendorf ihn begleiten wird. Das Kabinett ist zwar in seiner vorgefertigen Beratung über die Wirtschaftsfragen zu keinem bindenden Entschluß gekommen, hat sich aber darauf festgelegt, daß Versuche mit einem neuen Wirtschaftssystem unter keinen Umständen gemacht werden können. Wenn man auch unser Wirtschaftsleben nicht gleich von dem Zwang befreien will, so ist man doch der Ueberzeugung, daß man sofort wesentliche Erleichterungen, namentlich im Hinblick auf den freien Handel, eintreten lassen will. Bis im Kabinett über die wirtschaftlichen Fragen vollständige Klarheit erreicht und eine entsprechende Umbildung im Personalbestand vollzogen ist, wird die große politische Aussprache, die am Donnerstag durch eine Programmrede des Ministerpräsidenten Bauer eingeleitet werden sollte, ausgesetzt. Der Nachfolger Wissels im Kabinett wird wieder ein Sozialdemokrat sein.

Die Heimführung der Kriegsgefangenen.

Nach langen Verhandlungen mit der Entente ist nunmehr festgelegt worden, daß ein Transport von 100 000 Kriegsgefangenen in das Industriegebiet über Duisburg geleitet werden wird. Die Entente verlangt, daß die Gefangenen von den französischen Gefangenengarnen in deutschen Eisenbahnwagen mit deutschem Personal besetzt werden. Dagegen findet die militärische Bewachung bis Duisburg, wo die Uebergabe an die deutsche Kommission

ich hörte die große Glode anschlagen, aber immer, auch dann lehnte Agnes oben auf dem Geländer der Plattform; sie trug noch das blaue Kleid; worin sie dort von mir Abschied genommen; nur war es ganz zerrissen, die leichten Fäden flatterten in der Luft. „Wann kommen die Schwalben wieder?“ hörte ich es rufen. Ich erkannte ihre Stimme, aber sie klang tröstlos in dem Wehen des Sturmes. — Wenn ich nach solchen Träumen erwachte, so hörte ich wohl im Zwielficht die Schwalben auf der Dachrinne über meinem Fenster zwitschern. In den ersten Jahren hatte ich den Kopf aufgestützt und mir das Herz vollsingen lassen von Sehnsucht und Heimweh; später konnte ich's nimmer ertragen. Mehr als einmal, wenn das Gewissener kein Ende nehmen wollte, habe ich das Fenster aufgerissen und die lieben Vögel fortgejagt.

(Fortsetzung folgt.)

stattfindet, durch Ententesoldaten statt. Falls die Entente es gestattet, werden Pfleger und Begleiter den Zügen entgegenfahren.

Der Generalsekretär Dutasta hatte mit dem Chef der deutschen Delegation v. Versner über die Frage des Erlasses der Kriegsgefangenen durch deutsche Spezialarbeit eine Unterredung. Die Frage war schon vor der Unterzeichnung des Friedensvertrages Gegenstand eines Notenaustausches zwischen der alliierten und der deutschen Delegation. Im Prinzip war vereinbart worden, daß die Freilassung der Gefangenen nach Maßgabe der Ankunft der deutschen Spezialarbeiter erfolgen soll. Von der Stellungnahme in dieser Frage wird die Haltung der Alliierten hinsichtlich der deutschen Kriegsgefangenen abhängen.

Niemand wünscht besonders, daß der Kaiser nach England gebracht werde.

mz. Amsterdam, 7. Juli. Reuter meldet aus London, daß Bonar Law im englischen Unterhaus in Erwiderung auf eine Anfrage erklärte, bisher hätten die alliierten Regierungen in der Frage der Auslieferung des vormaligen Kaisers keine Vorstellung bei der holländischen Regierung erhoben. Die nötigen Schritte in dieser Frage würden jedoch unternommen. Dalbiez fragte, ob irgendwelche inoffizielle Mitteilungen gemacht worden seien. Bonar Law erwiderte: „Darüber möchte ich mich lieber nicht äußern.“ Huray fragte, ob Bonar Law wisse, daß eigentlich niemand besonders wünscht, daß der vormalige Kaiser nach England gebracht würde. Dies erzeugte Beifall. Bonar Law antwortete nicht darauf.

Keine Auslieferung Hindenburgs.

Die Auffassung, daß auch Hindenburg ausgeliefert werden soll, soll nach einer Korrespondenz unrichtig sein. Hindenburg genießt im feindlichen Auslande nicht nur wegen seiner Feldherrngröße, sondern auch wegen seines Charakters das größte Ansehen. Seine ruhige, würdevolle und menschliche Haltung während all der Jahre, in denen er das deutsche Heer geleitet hat, haben ihm bei Freund und Feind das größte Ansehen verschafft. Weber in England noch in Frankreich würde jemand eine Auslieferungsforderung, die sich gegen diesen Mann richtet, begreifen. Als Grund dafür, daß Hindenburg trotz seiner hervorragenden Stellung nicht vor das feindliche Gericht gefordert werden soll, wird angegeben, daß Hindenburg weder für den Ausbruch des Krieges, noch für die Grausamkeiten der Schlachten verantwortlich ist. Er hat als oberster Heerführer nur seine Pflicht getan, indem er die Schlachtpläne entwarf. (Darüber kann kein Zweifel sein, durch die Türen der Gerichtssäle in London und Paris führt nicht der Weg zur Völkerveröhnung. Wenn die Verhandlungen öffentlich sein werden, dann kann jenes Gericht zum Tribunal für die wahren Urheber des Weltkrieges werden.)

(Bebr. Tagespost.)

Groß-Thüringen oder Anschluß an Preußen.

Wie es heißt haben angesichts der großen Schwierigkeiten, auf die die großthüringische Bewegung stößt, maßgebende Leute in Großthüringen den Beschluß gefaßt, wenn der Freistaat Großthüringen in dem Maße, wie er bisher vorgeesehen ist, als vollständiger Freistaat nicht zustandekommt, sich mit großthüringischen Gebieten als geschlossenes Ganzes an Preußen anzuschließen, damit auf jeden Fall die Kleinstaaterei aufhört. Maßgebend sind für diesen Entschluß in erster Linie finanzielle Gründe.

Ein bolschewistischer Agitator in Deutschland.

Wie die „Politisch-parlamentarischen Nachrichten“ aus Berlin erfahren, ist der englische Journalist Price festgenommen worden, weil er in dringendem Verdacht steht, sich an bolschewistischen Umtrieben in Deutschland beteiligt zu haben. Die zuständige Stelle wird mit ihm darüber verhandeln, wohin er sich außerhalb Deutschlands begeben wird. Price war jahrelang Korrespondent der „Manchester Guardian“ in Rußland und hat sich der bolschewistischen Partei aus innerer Ueberzeugung angeschlossen. Seiner Rückkehr nach England wurden deshalb Schwierigkeiten bereitet, worauf er sich in Berlin niederließ.

Die neuen Umsatzsteuern.

Die Finanzlage des Reiches ist dermaßen schwierig, daß die in der Umsatzsteuer geschaffene Verbrauchsabgabe in stark erhöhtem Maße bei der Aufbringung der benötigten Mehreinnahmen herangezogen werden muß. Wie nach den „Berl. Pol. Nachr.“ verlautet, ist in dem von dem Reichsfinanzministerium ausgearbeiteten Gesetzentwurf über die neue Umsatzsteuer eine Erhöhung des Steuersatzes von 0,5 Proz. auf 1 Proz. vorgesehen. Bei der Finanzlage des Reiches genügt aber die Verdoppelung noch nicht, vielmehr wird bei Uebergang an den Kleinhandel mit noch wesentlich höheren Sätzen zu rechnen sein. Angesichts der bestehenden neuen Verbrauchsbelastung, die eine allgemeine sein wird, da jeder Umsatz, auch der Umsatz von Nahrungsmitteln, steuerpflichtig sein soll, darf vielleicht ein Trost darin erblickt werden, daß die Preiserhöhung infolge der neuen Steuersätze im Vergleich zu dem gegenwärtigen Stande der Preise nur gering und, wenn diese Preise zurückgehen, erträglich sein wird. Entsprechend der allgemeinen Er-

weiterung der umsatzsteuerpflichtigen Waren soll auch die Liste der der Luxussteuer unterliegenden Gegenstände eine erhebliche Erweiterung erfahren.

Wilson in Amerika.

mz. New York, 9. Juli. (Havas.) Wilson und seine Begleitung, darunter seine Frau und Tochter, sowie der französische Volschaffter Jusserand, wurden bei ihrer Landung von der Menge herzlich begrüßt. Die Nationalhymne wurde gespielt aber sonst fand kein Empfang statt. Man fuhr alsbald im Wagen vom Kai in die Stadt. Der Gesichtsausdruck der Ankömmlinge spiegelte die Freude der Heimkehr nach beendetem Kriegszustand wieder. Das Wetter war prächtig und die Straßen reich geschmückt. Ueberall auf dem Wege nach der Carnegie Hall, wo der Gemeinderat sich versammelt hatte, um den Präsidenten zu empfangen, wurde dieser durch Zurufe begrüßt. Bei seiner Ankunft in der Carnegie Hall spielte eine Kapelle patriotische Weisen. Zu Beginn der Empfangsfeierlichkeit wurde der Präsident lang und stürmisch begrüßt. Unter dessen wurde Major Scott, der Kommandant des kürzlich gelandeten englischen Luftschiffs „A. 34“, Wilson vorgestellt, der ihm herzlich die Hand drückte und ihn beglückwünschte. Gouverneur Smidt als Leiter der Feier begrüßte das zurückgekehrte Staatsoberhaupt als den Bringer eines Friedensvertrages, der würdig sei der Ehre und Majestät dieses großen Landes.

Aus nah und fern.

Obstein, den 11. Juli 1919.

— **Kriegsbeschädigte.** Am vergangenen Sonntag nachmittag war auf Veranlassung einiger hiesiger Kriegsbeschädigter eine Versammlung der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer, Renteneinpänger und Kriegshinterbliebenen in dem Lokal des Gasthauses „Zum Schwanen“ einberufen. Dieselbe erfreute sich eines regen Zutruges insbesondere von den umliegenden Orten. Galt es doch, wie bereits in fast allen anderen Kreisen, eine Ortsgruppe des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen ins Leben zu rufen. Herr Braun von der Ortsgruppe Sonnenberg hatte in kurzer Ansprache den Zweck des Reichsbundes, die Bildung einer Ortsgruppe und Anschluß an den ersten, dargelegt. Anwesend waren über 40 Kriegsbeschädigte, welche, nachdem die Bildung einer Ortsgruppe beschlossen, einen vorläufigen Vorstand wählten. Wir hoffen, daß alle Kriegsbeschädigte, welche an der Versammlung nicht teilnehmen konnten, sich der Ortsgruppe anschließen, damit sich diese würdig den bereits in unserem Bezirke gebildeten zur Seite stehen kann.

— **Befristungswahl.** Herr Wilh. Kapper-Helrich hat sein hier, Zuderberg Nr. 7, belegenes Wohnhaus an Herrn Adolf Böhn zum Preise von 5000 M. verkauft. — Das Gebrüder Tappesche Wohnhaus in der Bahnhofstraße (Ortskrankenkasse) ging zum Preise von 28 000 M. in den Besitz des Herrn Karl Schütz aus Strahburg (geb. Obsteiner) über.

— **Die Kreisynode des Dekanates Obstein** findet am 31. Juli, vormittags 9 Uhr beginnend, in der evangelischen Kirche hier statt.

— **Die Geschäftsstelle des Nass. Saatbauvereins** ist seit dem 1. Juli d. Js. nach Wiesbaden verlegt worden.

— **Wechsel in der Leitung des Regierungspräsidiums.** Wie uns mitgeteilt wird, ist Herr Oberregierungsrat Springorum infolge seiner Verurteilung von dem Posten als Stellvertreter des Regierungspräsidenten zurückgetreten. Die Regierungsgeschäfte hat Herr Oberregierungsrat Pfeiffer von Salomon übernommen, der bisher die Abteilung Domänen und Forsten leitete.

— **Handwerkskammer Wiesbaden.** (Verteilung von Heeresgerät.) Das Reichsbesatzungsamt, Zweigstelle Naumburg ist bereit und in der Lage, verschiedene Heeresgeräte, insbesondere Wagen, Feldküchen, Feldbäcköfen, Geschirre, Geschirrtöpfe usw. am Lager gegen Barzahlung an Handwerker abzugeben. Die Preise sind mäßig. Handwerker, welche auf derartige Geräte reflektieren, wenden sich am besten direkt persönlich an die genannte Zweigstelle zu Naumburg. Von etwaigen Kaufabschlüssen bitten wir uns zu benachrichtigen. Wiesbaden, 3. Juli 1919. Die Handwerkskammer.

— **Schulverschämmnisse in den gewerblichen Fortbildungsschulen.** Nach den Feststellungen sind die Schulverschämmnisse mancherorts immer noch unverhältnismäßig zahlreich. Abgegeben von ungerechtfertigten Abhaltungen durch Arbeitgeber sind es die Schüler selbst, die durch Vorschüben von Krankheit, Unwohlsein oder sonstigen Scheingründen den Schulbesuch veräumen. Besonders unter den älteren Jahrgängen gibt es viele Elemente, die mit allen Mitteln sich dem Schulzwang zu entziehen suchen. Hier hilft nur unerbittliches, scharfes Eingreifen, um dem Uebel zu steuern. Der Lehrer darf nicht mündliche Entschuldigungen durch Geschwister von Schülern oder durch Mitschüler entgegennehmen, sondern es muß in allen Krankheitsfällen eine schriftliche Anzeige des Arbeitgebers oder aber des Vaters oder Fürsorgers vorliegen, ehe ein Schulverschämmnis als entschuldigend angenommen werden darf. Ohne diese peinliche Prüfung, die unter Umständen bis zur Vorlage des Krankenscheines oder ärztlichen Zeugnisses erweitert werden muß, läßt die unverhältnismäßig hohe Ziffer der Entschuldigungen wegen Krankheit nicht auf das gerechtfertigte Maß heruntergehen. Das von uns angeordnete Mahnverfahren — Mahnkarte sofort nach dem Schulverschämmnis — ist überall zur Durchführung zu bringen. Mahnkarten sind durch unsere Geschäftsstelle erhältlich. Wo die Ortspolizeibehörde in Straßachen verfallen sollte, wolle uns Mitteilung gemacht werden. Die Fortbildungsschule hat in dieser schweren Zeit eine doppelt wichtige Aufgabe, sie muß sich dessen stets bewußt sein. Der Zentralvorstand des Gewerbevereins für Nassau.

— **In Sachen der „Atheistischen Republik“** gibt der Vorstand des Bezirks Nassau der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands folgende Erklärung in der „Wiesb. Volksstimme“: Am allen Kasselmeldungen, die von interessierter Seite in Fragen der „Atheistischen Republik“ verbreitet werden, die Spitze abzubringen, erklären wir, daß wir nicht nur die Worten „Atheistischen Republik“ bekämpfen, sondern uns gegen jeden Herkuldensversuch deutscher Lande zur Wehr setzen, weil sie nur zur neuen Kleinstaaterei führen. In Uebereinstimmung mit unseren gesamten Ortsvorständen im

besehten Gebiet Nassaus erstrecken wir aus wirtschaftlichen und kulturellen Gründen die Deutsche Einheitsrepublik an und hoffen, damit dem deutschen Volke in seiner Gesamtheit am besten zu dienen.

Der Markkurs bleibt in Zürich schwankend mit nach unten gerichteter Tendenz. Von 42.50 am 30. Juni auf 39.50 am 1. Juli gesunken, trat am 2. Juli eine Erholung der Notiz auf 40.25 ein, die jedoch am folgenden Tage wieder verloren ging. Am 4. Juli verschärfte sich der Rückgang bis auf 38.75, am 5. Juli auf 38.5 und am 7. auf 38. — Der Kurs der deutschen Mark wurde für das Gebiet der 8. französischen Armee (Rheinpalz) von 48 Centimes auf 40 Centimes herabgesetzt. Derselbe Kurs gilt auch für das Gebiet der 10. Armee.

Zur Preisgabe des Bankgeheimnisses. Von dem neuen Gesetz zur Verhinderung der Kapitalflucht wird die Reichsfinanzverwaltung zunächst insoweit Gebrauch machen, als sie die Banken in den gefährdeten Grenzgebieten zur Einreichung der Namensverzeichnisse ihrer Kunden mit rückwirkender Kraft bis zum 1. Oktober 1918 auffordern wird. Die Vorschriften treffen nicht nur die privaten, sondern auch die öffentlichen Bankinstitute, namentlich die Sparkassen. Ueber die weitere Ausdehnung des Auskunfts-zwangs ist bisher noch keine Entscheidung getroffen. Sie wird auch nicht getroffen werden, ohne daß eine Besprechung mit Vertretern der Banken stattfindet. Diese dürfte demnächst eingeleitet werden.

b. Wirtschaftliche Hilfe für die Reichsbeamten. In einer am Montag in Frankfurt stattgefundenen Eisenbahnbeamtenversammlung gab Rechnungsrat Schneider Kenntnis von neuen umfassenden Maßnahmen der Reichsregierung zur Verbesserung der Lage der Reichsbeamten. Es soll eine weitere einmalige Steuerzulage zur Auszahlung kommen; es soll eine Zusammenziehung der drei bisherigen Steuerklassen in zwei werden; es soll ein abermaliger gründlicher Abbau aller Lebensmittelpreise stattfinden. Ferner sollen Stoffe und Schuhe in bedeutenden Mengen unter die Reichsbeamten zur Verteilung kommen. Die Verteilung soll durch die Beamtenorganisationen, die damit von der Regierung als berufene Vertreter der Beamtenschaft anerkannt werden, erfolgen. Schließlich soll die Demokratisierung der Verwaltungen auf schnellstem Wege durchgeführt werden. Die Reichsregierung will darauf hinwirken, daß auch die einzelnen Landesregierungen ihrem Beispiel folgen, besonders die preussische Verwaltung.

Niederhausen i. T., 6. Juli: Es macht sich in letzter Zeit ein frivoles Treiben auf dem hiesigen Friedhofe bemerkbar, was wohl letzten Endes auf Augenblicke und Kinder zurückzuführen ist, denn es sieht auf den letzten Ruhestätten der Verstorbenen ganz trostlos aus. Ganze Grabdenkmäler sind umgeworfen, zum Teil auch andere wieder zertrümmert, man sieht ordentlich, wie mit Steinen dagegen geworfen worden ist. Einem solchen Tun und Treiben muß ganz energig entgegengetreten werden, denn diese Anlagen sind doch mit Kosten verbunden. Es ist Pflicht der Eltern, ihre Kinder auf das dringlichste zu ermahnen, derartige Schändlichkeiten zu unterlassen, auch den hiesigen Lehrern und Lehrerinnen sei ans Herz gelegt, in der Schule darauf hinzuwirken und den Kindern ganz gehörig ins Gewissen zu reden. Der Gemeinde sei hiermit auch gesagt, daß es nunmehr Zeit ist, am Haupteingange ein verschließbares Tor anzubringen, der Schlüssel kann ja bei dem in der Nähe wohnenden Bahnwärter zur Aufbewahrung gegeben werden, wie es früher war. Auch eine Warnungstafel könnte nichts schaden.

Camberg, 9. Juli. Nach schwerem Leiden starb im 62. Lebensjahre der katholische Pfarrer Stefan Dr. theol. Karl Bertram. Der Verstorbene blühte auf eine 37jährige Priesterzeit zurück.

Wiesbaden, 8. Juli. Wieder eingeliefert in das hiesige Gefängnis wurde der frühere Gefängniswärter Hoffmann, der kürzlich mit den beiden Ausbrechern Montreal und Eckhardt gemeinsame Sache gemacht und ihnen zur Flucht verholfen hatte.

Wiesbaden, 8. Juli. Arthur Ahrns, das bekannte Mitglied des Nassauischen Landestheaters, hat sich in der Nacht zum 8. Juli, nachdem er als Abschiedsrolle den Jago im „Othello“ gespielt hatte, in seiner Wohnung durch Aufbrechen der Gasbühne den Tod gegeben. Die Veranlassung zu der Tat ist unbekannt. Der Künstler, dessen bürgerlicher Name Ehrenstein lautet, war 39 Jahre und verheiratet. Seine Gattin weist augenblicklich nicht in Wiesbaden.

Wiesbaden, 7. Juli. Der stellvertretende Regierungspräsident Oberregierungsrat Springorum, dessen Beurteilung durch ein französisches Gericht gemeldet wurde, hat hiergegen Berufung eingelegt. Er wurde einstweilen vom Amt suspendiert und mußte sich schriftlich verpflichten, die Stadt nicht zu verlassen.

b. Königstein i. T., 7. Juli. Für den kommandierenden General der französischen Besatzungsarmee im Brückenkopf Mainz, General Mangin, wurde in der Villa der Baronin von Rothschild Quartier gemacht. Es ist anzunehmen, daß das französische Hauptquartier während der Sommermonate von Mainz nach Königstein verlegt wird.

Cronberg, 7. Juli. In der letzten Sitzung der Stadtverordneten wurde der Zuschlag zur Einkommensteuer auf 160 v. H. festgesetzt. Beschlossen wurde ferner die Einführung der Simultanschule. Cronberg war noch der einzige Ort im ehemaligen Herzogtum Nassau, der konfessionell

getrennte Schulen hatte, und in verschiedenen Perioden der letzten 50 Jahre hatte man versucht, diesen Modus zu beseitigen, stets ohne Erfolg. Jetzt wurde die Einführung der Simultanschule, gegen die sich in einer Eingabe der katholische Kirchenvorstand wendete, mit 13 gegen 2 Stimmen angenommen.

Flörsheim a. M., 8. Juli. Ein schwerer Diebstahlsfall ist aus hiesiger Gemeinde zu berichten. Unbekannte Diebe brachen des Nachts in den Maschinenraum der chemischen Fabrik Nassovia (G. m. b. H.) ein und stahlen einen großen Dynamomotor. Die Fabrikleitung hat zur Ermittlung der Diebe eine Belohnung von 300 Mark ausgesetzt.

Herborn, 6. Juli. Zwischen der hiesigen Station und Burg wurde der Bauunternehmer Gries aus Herborn bei der Befichtigung von Bahnerweiterungsarbeiten von dem Gießen-Sieger Schnellzug überfahren und getötet.

Lorch, 8. Juli. Eine ernste Gefahr für die Anwohner der Wisperstraße bildete das sich hinter dieser Häuserreihe erhebende hohe, steile Felsengebirge, das im Laufe der Zeit mehrere bedenkliche Risse bekommen hatte, die zu der Befürchtung Anlaß gaben, daß sich bei eintretendem nassen Wetter größere Felsblöcke lösen und abstürzen könnten. Nachdem nunmehr in wochenlanger Arbeit diese Felsstücke abgelegt worden sind, dürfte die Gefahr beseitigt sein.

* Von einem eigenartigen Denkmal weiß die „Buercher Zeitung“ zu berichten. In der Löhcherheide, westlich dicht neben dem Försterhaus, hat es seinen Platz. Dort ruht ein Kriegsteilnehmer, der 4½ Jahre hindurch, getreu seiner Bestimmung, im Felde so manchen hilflos daliegenden Verwundeten (14 sind es) das Leben gerettet hat — ein Sanitätshund. Hier in der Heimat hat ihn die tödliche Kugel erreicht, als er auf verbottenem Pfade wandelte und beim Jagen auf Wild ertappt wurde. Der Besitzer des treuen Hundes hat ihm unter rauschenden Eichen ein Ehrengrab bereitet. Auf dem Erdbügel der geschmückten Ruhestätte, die mit Blumen und Grün gedeckt, steht ein Holzdenkmal in der Form des Eisernen Kreuzes, dessen Inschrift lautet: „Mein treuer Begleiter auf Schritt und Tritt durch 4½ Kriegsjahre, Sanitätshund „Prinz“, geb. September 1913, gest. 5. Mai 1919 durch weidgerechte Kugel. 14 Soldaten verdanken ihm das Leben. Spim. v. Dittfurth.“ Am Rande des Grabes liegt ein bemalter Stein, auf dem der Sanitätshund in Ausübung seines Samariterdienstes im Felde neben einem verwundeten Soldaten dargestellt ist.

* Wie sie sich ihren künftigen Mann denkt. Als sie 17 Jahre alt war: Ich will einen Mann haben, der mich über alles liebt und dessen Liebe niemals schwindet. Er muß gesund und led sein und breitschultrig und schön, muß große, dunkle, seelenvolle Augen haben. Und dann soll er bereit sein, für mich in den Tod zu gehen. Als sie 20 Jahre alt war: Ich will einen Mann haben, der weich und mild wie eine Frau ist, aber auch mutig wie ein Löwe und stark wie ein Bär sein kann. Er kann gern etwas leichtsinnig sein, denn das ist interessant; aber er muß tüchtig in jeder Hinsicht sein und willig alles für mich opfern. Als sie 25 Jahre alt war: Ich will einen Mann haben, der mit großer Weltersahrenheit ein angenehmes Wesen vereint. Wenn er zufällig eine Vergangenheit hinter sich hat, so macht das nichts, wenn er nur eine Zukunft vor sich hat — kurz gesagt, einen Mann, zu dem ich aufsehen kann und zu dem ich volles Vertrauen habe. Als sie 30 Jahre alt war: Ich will einen Mann haben, einen reichen Mann. Ich hätte es gern, wenn er auch mit andern Eigenschaften ausgerüstet wäre, die einen Mann zieren, aber Geld muß er haben. Und je mehr er hat, desto lieber werde ich ihn haben. Als sie 35 Jahre alt war: Ich will einen Mann haben.

Kinderreim.

(Auf der Straße erlauscht.)

Eins, zwei, drei, vier, fünf, sechs, sieben, komm, wir wollen Mehl verschicken, Butter, Eier, Mehl und Sped, eins, zwei, drei, und du bist weg.

Letzte Meldungen.

Die Urkunde.

m. Berlin, 10. Juli. Aus Weimar meldet der „Vorwärts“: Die Urkunde über die Ratifikation ist im Laufe des nachmittags nach der Ausfertigung vom Reichspräsidenten unterzeichnet und am Abend sofort durch Kurier abgeliefert worden.

m. Versailles, 10. Juli. Zur Ratifizierung des Friedensvertrages schreibt das „Petit Journal“: Die Nationalversammlung hat sich vor dem Unvermeidlichen gebeugt. Um die Aufhebung der Blockade zu erlangen, hat man die Erleichterung beschleunigt. Et. Price meint im Journal: Die Franzosen sind genügend aufgeklärt, um zu wissen, welche Berechnungen der raschen Unterwerfung zu Grunde liegen. Der „Excelsior“ sagt: Es wäre unklug und gefährlich, hinsichtlich der Frage der Durchführung des Friedensvertrages nicht einige Reserven zu machen. Sie sind durch die Tatsache berechtigt, daß 115 Mitglieder der Nationalversammlung gegen die Ratifikation gestimmt haben. Das ist eine beträchtliche Minderheit mit der man in Zukunft rechnen muß. Die Alliierten haben auch daran gedacht. Der Beweis hierfür ist die englisch-französisch-amerikanische Militärmission. Der „Gaulois“ ist der Ansicht, die Deutschen betrachten ihre Niederlage als ein verheißtes Geschäft und wünschen die Vergangenheit so schnell wie möglich zu liquidieren und die Arbeiten raschesten wieder aufzunehmen. Clemenceau „Homme Libre“ ironisiert Müllers Erklärung,

die beste Politik des Deutschen Reiches sei in diesem Augenblick Ehrlichkeit.

Ein deutsch-japanischer Vertrag?

m. Amsterdam, 10. Juli. Nach einer Neutermeldung aus Washington hat Senator Lodge im Senat eine Resolution eingebracht, in der der Präsident aufgefordert wird, dem Senat einen angeblich zwischen Deutschland und Japan im letzten Oktober abgeschlossenen Vertrag vorzulegen, in welchem die Vertragschließenden sich verpflichten, Russland bei der Wiedergewinnung seiner internationalen Stellung zu helfen. Die Resolution stützt sich auf einen Bericht der Presseassoziation über ein derartiges Abkommen.

Das Abkommen über die besetzten Gebiete.

m. Berlin, 11. Juli. Unterstaatssekretär Lewald begab sich gestern mit einer Kommission nach Paris, um dort über das Abkommen betr. die Befestigung der Rheinlande zu verhandeln. Gleichzeitig reiste die Kommission für den Wiederaufbau des besetzten französischen Gebietes ab. An ihrer Spitze steht Unterstaatssekretär Schröder vom Finanzministerium. Beide Kommissionen arbeiten getrennt voneinander.

m. Berlin, 11. Juli. Der Berliner Lokalanzeiger meldet aus Aachen: Die belgischen Besatzungstruppen sind am 6. Juli von französischen abgelöst worden.

Laut „Lokalanzeiger“ wird Graubenz eine polnische Besatzung von 3000 Mann erhalten.

Aus New York wird gemeldet: Von den vier Millionen Soldaten, die sich zurzeit des Waffenstillstandes unter amerikanischer Fahne befanden, sind jetzt über 3 Millionen entlassen. Am 1. Juli befanden sich noch in Europa 419 000 Mann, auf hoher See 122 000 und in Amerika selbst 172 000 Mann.

Laut „Deutscher Tageszeitung“ finden über die künftige Gestaltung des neuen Freistaates Danzig fortgesetzt Verhandlungen, Beratungen und Aussprachen statt. Nachdem Oberbürgermeister Sahm in den letzten Tagen wiederholt über die Angelegenheit gesprochen hatte, wurde nunmehr in der Stadtverordnetenversammlung dazu Stellung genommen. Erschwert wird die ganze Arbeit dadurch, daß eigentlich noch niemand so recht weiß, wann der Freistaat ins Leben treten wird.

m. Berlin, 9. Juli. Die „Tägl. Rundschau“ meldet: Der frühere Ordonnanzoffizier des deutschen Kronprinzen, Rittmeister Reehberg, richtete an Clemenceau ein Schreiben, worin er sich für den Fall, daß ein Verfahren gegen den deutschen Kronprinzen eingeleitet werden soll, bereit erklärt, unter Eid zu bezeugen: 1. Daß der deutsche Kronprinz vor dem Kriege energig politische Bemühungen unternahm, deren Verwirklichung den Ausbruch des europäischen Krieges unmöglich gemacht hätte; 2. Daß sich der Kronprinz im Herbst 1914 dafür einsetzte, Friedensverhandlungen mit Frankreich herbeizuführen und 3. Daß der Kronprinz 1917 Pläne befürwortete, welche darauf hinariefen, einen allgemeinen Frieden durch Vermittlung Großbritanniens zu erreichen.

m. Amsterdam, 11. Juli. Das Preßbüro Radio meldet aus New York, daß der amerikanische Senat gestern beschlossen hat, Wilsons Mitteilungen über den Friedensvertrag und seine begleitende Botschaft heute in öffentlicher Sitzung entgegenzunehmen.

Nassauische Kriegsversicherung.

Die Abrechnung für die im August 1914 errichtete Nassauische Kriegsversicherung soll bedingungsgemäß 3 Monate nach Beendigung des Krieges (das heißt 3 Monate nach Friedensschluß) erfolgen. Es werden daher die bisher mit der Anmeldung ihrer Ansprüche noch rückständigen Hinterbliebenen von gefallenen (vermischten) und versicherten Kriegsteilnehmern aufgefordert, die gelösten Anteilscheine mit der großen ständesamtlichen Sterbeurkunde umgehend an uns einzusenden.

Jeder Empfangsberechtigte erhält nach Eingang der Scheine und nach Anerkennung deren Gültigkeit eine Bestätigungskarte über die vollzogene Vornahme. Wer daher die gelösten Scheine bereits eingesandt und die Bestätigungskarte erhalten hat, braucht keine weiteren Schritte mehr zu unternehmen.

Das Ergebnis der Abrechnung und die Höhe der jeweils fälligen Leistung wird jedem Empfangsberechtigten nach der Abrechnung mitgeteilt.

Wiesbaden.
Direktion der Nassauischen Landesbank.
(Abteilung: Kriegsversicherung.)

Die Gebühren

für das An- und Abrollen der Eil- und Frachtfahrgüter zwischen dem Ortsbereich Esch i. T. und dem Bahnhof Idstein i. T. sind erhöht worden. Die Gebührenordnung ist auf Bahnhof Idstein veröffentlicht und von dem Begleiter der Kollifure jederzeit auf Verlangen vorzuzeigen.

Limburg (Lahn), den 7. Juli 1919.
Eisenbahn-Verkehrsamt.

Buchen-

und

Eichenbrennholz

kauft fortlaufend jedes Quantum und erbittet Angebot

Hermann Rüffer
Holzgroßhandlung
Höchst a. M.

Lebensmittelverbilligung.

Es steht noch nicht fest, ob der Vorteil der Verbilligung der Lebensmittel, wie er jetzt in den Zeitungen veröffentlicht wird, wirklich eintritt. Dennfalls kommt er nicht in Frage für die erhebliche Menge von Lebensmitteln, die bisher von der französischen Verwaltung zur Befreiung der großen Not, die durch die allgemeine Anwendung noch nicht behoben ist, gegeben werden.

Soweit daher Lebensmittel von der Bevölkerung nicht abgenommen werden, rate ich den Gemeinden dringend, sich einen Vorrat hinzulegen, an dem nie viel verloren gehen wird, mit dem aber in Zeiten der Not, die noch nicht überwunden sind, sehr viel geholfen werden kann.

Langenschwalbach, den 4. Juli 1919.

Der Landrat: von Trotha.

Saatgutverkehr.

Ich verweise auf die Kreisbeschauordnung vom 15. 7. v. Js., Kreisblatt Nr. 165 und ersuche die Gemeindevorstände in ortsüblicher Weise bekannt zu machen, daß die Saatartenabschnitte B und C von belieferten Saatarten, dem Kommunalverbande einzureichen sind. Abschnitt A der Saatarte ist mittels Einschreibebriefes an die Reichsgetreidestelle in Berlin, Abteilung Saatgut, einzusenden.

Saatarten, welche die Empfänger nicht zum Erwerb von Saatgut benutzten, sind ebenfalls mit entsprechendem Vermerk zurückzusenden. Falls nichtbelieferte Saatarten nicht zurückgegeben werden, so wird die in der Wirtschaftskarte, bei Ausstellung der Saatarte angegebene Menge, dem betr. Landwirt belastet.

Langenschwalbach, den 5. Juli 1919.

Der Landrat: v. Trotha.

Vertretung in Fleisch- u. Trichinenschau.

Tierarzt Hummel zu Niederseelbach ist berechtigt, in Vertretung des Dr. Arnold zu Idstein die Fleisch- und Trichinenschau auszuüben.

Langenschwalbach, den 28. Juni 1919.

Der Landrat: v. Trotha.

Familienunterstützungen.

Das Reichsministerium des Innern hat angeordnet, daß für Angehörige der Reichswehr, des bisherigen stehenden Heeres, der Grenzschutztruppen und dergl. vom 1. Juli 1919 ab, keine Familienunterstützung mehr gezahlt werden darf, da an diese Truppen erhebliche Löhnungszuschüsse gezahlt wurden. Auch an nichtverheiratete Heeresangehörige könnten diese Zuschüsse gezahlt werden, wenn nachgewiesen würde, daß Eltern, Großeltern oder Geschwister bisher zum vorwiegenden Teile unterstützt oder uneheliche Kinder unterstützt worden sind.

Die an Angehörige derartiger Personen seither gezahlten Kriegsunterstützungen werden deshalb vom 1. Juli ab eingestellt und die Unterstützungsbogen zur Quittungsleistung an die Herren Bürgermeister übersandt werden.

Ausnahmsweise kann nur dann Unterstützung weiter gezahlt werden, wenn eine Bescheinigung des Truppenteils beigebracht wird, daß die Ernährer keine Lohnzuschüsse im Sinne der für die Reichswehr ergangenen Bestimmungen erhalten. Die Unterstützung für die Angehörigen der Gefangenen und die Angehörigen der verheirateten, gefallen und vermögenden Personen, werden nach wie vor weiter gezahlt.

Langenschwalbach, den 2. Juli 1919.

Der Landrat: v. Trotha.

Rohrzucker.

Es ist uns roher Rohrzucker, das Pfund zu etwa M 2,55 ab Wiesbaden angeboten worden. Im Gegensatz zu sonstigem Zucker, der 94 bis 96 Proz. Süßstoff hat, hat dieser 85 Proz. Süßstoff. Er eignet sich aber, wie das Gutachten des Professors Fresenius lautet, zum Einmachen und es wird deshalb im Hinblick auf die Zukerknappheit auf den Ankauf hingewiesen.

Bestellungen bitten wir uns einzureichen. Die Lieferfrist beträgt 6 Wochen.

Langenschwalbach, den 2. Juli 1919.

Kreiswirtschaftsstelle Untertaunus.

Fleischverkauf.

Ein allgemeiner Verkauf von frischem Fleisch findet diese Woche nicht statt. Diejenigen Familien, welche letzte Woche Fleisch nicht erhalten haben, können am Samstag im Geschäft von Reichard auf die Reichsfleischkarte der letzten Woche (rote Karte) 125 Gramm Fleisch und Wurst beziehen. Ebenso erfolgt in diesem Geschäft die Ausgabe der Fleischzulage an Kranke.

Butter.

Samstag auf Zeitkarte 138 = 40 Gramm zu 45 Pfg. im Geschäft von Dambeck u. Roos.

Buchstabe M-A 2 1/2 Uhr

S-B 3 1/2 "

Soweit der Vorrat reicht. Alle in dieser Woche übrigbleibenden Karten 138 erhalten nächste Woche zuerst Butter.

Schmalzverkauf.

Da das Schmalz noch nicht eingetroffen ist, findet der Verkauf erst nächste Woche statt. Termin wird noch bekannt gegeben.

Geschäfte.

Abrechnungen und Karten über Zucker und sonstige Lebensmittel müssen bis Montag erfolgt sein. Ebenso müssen bis Montag sämtliche Sätze zurückgegeben werden.

Idstein, den 11. Juli 1919.

Der Magistrat:

Leichtfuß, Bürgermeister.

9. landw. Bezirksverein.

Generalversammlung, Sonntag, den 20. d. M., mittags 1 1/2 Uhr, im Saalbau Christmann in Limbach.

Tagesordnung:

1. Vortrag über die Zwecke und Ziele der Orts-, Kreis- und Landesbauernschaften, durch einen Vertreter der Landwirtschaftskammer in Wiesbaden;
2. Wahl des Vorstandes:
 - a) Ersatzwahl für die verstorbenen Mitglieder: Bürgermeister Groß, Neuhoß, Landwirt Alberti, Kettenbach;
 - b) Ergänzungswahl für die scheidenden Mitglieder;
3. Anträge und Wünsche;
4. Aufnahme neuer Mitglieder.

Langenschwalbach, den 7. Juli 1919.

Der Vorsitzende: von Trotha.

Gemüse-Bestellung.

Im Laufe der nächsten Woche können wir voraussichtlich beschaffen:

Weißkraut Zentner 22.— M.

Karotten " 32.— "

Zwiebeln " 35.— "

Die Preise können sich noch um 1 bis 2 M. je Zentner ändern. Bestellungen werden Samstag nachm. von 2—4 Uhr im Lebensmittelamt angenommen, auch für kleinere Mengen. Die Lieferung ist nur möglich, wenn genügend Bestellungen zu einer Wagonladung zusammen kommen.

Bei der Ausgabe werden nur Besteller berücksichtigt.

Brikettsverkauf

bei Kohlenhändler Ludwig Leukel am Güterbahnhof dahier, am Samstag, den 12. Juli 1919, vorm. von 7 Uhr ab auf die Abschnitte 1—5 der neuen Kohlenkarte mit je 5 Ztr. an die Familie und zwar an Buchstabe M B u. K soweit Vorrat reicht. Preis pro Ztr. ab Lager 3.40 M. Stammkarte vorlegen.

Vermögens-Verzeichnisse.

Diejenigen Personen, welche bis jetzt das gemäß der Verordnung vom 31. 12. 18 vorgeschriebene Vermögensverzeichnis noch nicht ausgefüllt haben, werden hiermit zur Vermeidung von Rechtsnachteilen zum letztenmale aufgefordert, die Vordrucke auf dem diesseitigen Büro abzuholen.

Idstein, den 11. Juli 1919.

Der Magistrat:

Leichtfuß, Bürgermeister.

Die unter Nr. 1343 für Frau Ad. Hoffmann Bwe. und Nr. 1829 für Frau Katharine Brühl ausgestellten roten Legitimationskarten sind verloren gegangen und werden hiermit für ungültig erklärt.

Idstein, den 11. Juli 1919.

Der Bürgermeister: Leichtfuß.

Holzversteigerung

Mittwoch, den 16. Juli d. Js., vormittags 8 1/2 Uhr beginnend, wird im städt. Waldbesitz freispielt, direkt am Weg nach Bernbach, folgendes Gehölz versteigert:

- 5400 gemischte Wellen
- 34 rm eigen Schälholz-Knüttel
- 418 " " Schälholz-Meiser l. M.
- 180 Stk. " Schälholz-Stangen (Baumstüben).

Auswärtige Steigerer sind zugelassen.

Idstein, den 5. Juli 1919.

Der Magistrat:

Leichtfuß, Bürgermeister.

Stadtkasse Idstein.

Die 1. Rate Staats- u. Gemeindesteuer, 1. Halbjahr Realsteuergeld, die zum 1. Juli fällig gewesen Holzsteuergeld, ferner das fünfte Sechstel Besitzsteuer werden zur Zahlung in Erinnerung gebracht.

Der Stadtrechner.

Bekanntmachung.

An Stelle der ausgeschiedenen Wilhelm Ader, Bechtheim und Wilhelm Dörn, Beuerbach sind Karl Penz 3. und August Weber Bechtheim in den Vorstand des Beuerbacher Spar- und Darlehensvereins gewählt.

Idstein, den 27. Juni 1919.

Amtsgericht

Maschinenöl

für Säge- und Mäh-Maschinen

Centrifugenöl

Carbolineum

empfiehlt

Adolph Witt.

Gewerbeverein Idstein.

Mittwoch, den 16. Juli 1919, abends pünktlich 8 Uhr, findet im „Löwen“ eine

Generalversammlung

mit folgender Tagesordnung statt:

1. Bericht des Vorstandes.
2. Bericht der Rechnungsprüfungskommission und Entlastung des Rechners.
3. Neuwahl des Vorstandes.
4. Schulangelegenheiten.
5. Besprechung über verschiedene Mißstände im Handwerk.

Im Hinblick auf die Wichtigkeit der Tagesordnung werden alle Mitglieder gebeten an der Versammlung teilnehmen zu wollen.

Der Vorstand.

Dyckerhoff'scher Zement

wieder zu haben bei

Wilhelm Recker.

Briefmarkensammlungen

sowie einzelne Marken zu kaufen gesucht. Angebote werden zu jeder Zeit im „Goldnen Lamm“ entgegen genommen.

Ein neuer, für mittl. noch nicht getragener Anzug, Figur passend, zu verkaufen.

Zu erfragen im Berl. der Idst. Stg.

Neuer Anzug

und 1 Paar Schuhe, getragen, zu verkaufen.

Reitenmühlweg 7.

1 Paar Herren-Sonntagschuhe und 1 Paar Arbeitsschuhe (weil zu klein) Größe 41, zu verk. Robergasse 10 II.

Ein Paar Damenschuhe, Gr. 38, zu verkaufen. Pimburgerstr. 12.

1 gebrauchte Nähmaschine zu verkaufen. Tannusstraße 6.

Einen schönen, wachsam

Hund

zu verkaufen. Näh. bei W. Reichert, Idstein.

Tüchtigen Knecht

bei gutem Lohn sofort gesucht.

Wilhelm Schmidt, Wörsdorf.

Braves, ehrliches

Mädchen

zu Kindern und Hausarbeit gesucht. Näh. bei Frau Störzel, z. St. Walsdorf, Wallrabensteinerweg 160.

Ein Monatsmädchen

für morgens 2 Stunden gesucht. Zu erfragen im Berl. der Idst. Stg.

Ein Dienstmädchen

für Haus- und Landarbeit gesucht.

Peter Dörr, Königshofen, Idsteinerstr. 6.

Brav. fleiß. Mädchen

finderl. als Alleinmädchen in kleinen Haushalt bei gutem Lohn gesucht.

Weygandt, Wiesbaden, Yorkstr. 3 I.

Kirchliche Nachrichten.

Evangelische Kirche zu Idstein.

Sonntag, den 13. Juli 1919. 4. Sonnt. n. Trinit. Vormittags 9 1/2 Uhr: Lieder 294, 293, 167. Christenlehre.

Dekan Ernst.

Abends 8 Uhr. Lied: 450, 428.

Pfarrer Moser.

Rotholische Kirche zu Idstein.

13. Juli, 5. Sonntag nach Pfingsten: Morgens 10 Uhr Hochamt mit Predigt und Segen, nachmittags sakramentalische Bruderschaftsandacht.

Samstag, den 12. cr. und Sonntag, den 13. cr. besorgt ein Vater aus dem Kapuzinerkloster in Mainz den Gottesdienst in Engenhahn.

Pfarrer Buscher.